

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
29. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan
am Dienstag, dem 06.10.2020 um 17:08 Uhr
in der Aula des Schulzentrums Walder Strasse

Beginn:
17:08

Ende:
19:58

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Anette Braun-Kohl
AM Karl-Ernst Dörfler
AM Barbara Leibelt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr
Stv. Simone Kunkel-Grätz
AM Hans Lenz

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für Stv. Dirk Raabe

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Vertretung für AM Monika Birk

Schriftführung

VA Fabian Beyer

beratende Mitglieder

Frau Gabi Bongard

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Beigeordnete

Beigeordnete/r Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider

VA Felix Rinke

Gäste

AM Felix Blossey

Herr Rolf Brockmeyer

Herr Dominik Budych

AM Nicola Günther

Herr Thomas Hüser

Herr Marek Kasper

Frau Krisztina Kielbassa

Frau Katja Radszuweit

Herr Murat Sivri

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:08 Uhr die 29. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden sowie die Vertreter von European Home Care, des Jugendparlamentes und Fr. Kielbassa und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erklärt, der TOP 8 werde analog des Beratungsergebnisses aus der letzten Fraktionsvorsitzendenbesprechung von der heutigen Tagesordnung genommen.

Ferner bittet er den TOP 6 inklusive TOP 6.1 an den Anfang der Tagesordnung zu setzen, da die Referentin einen Anschlusstermin habe.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

1./ Aktueller Sachstand Taschengeldbörse

Protokoll:

Hr. Sattler erläutert kurz, dass die Taschengeldbörse das Produkt dreier Träger sei: AWO, Jugendparlament und Seniorenbeirat Haan.

Fr. Kielbassa führt aus, der offizielle Start der Taschengeldbörse sei am 01.02. gewesen, die Arbeit habe aber lange vorher z. B. mit der Ausarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Erstellung und Verteilung der Flyer begonnen. Das Jugendparlament habe den Flyer an den Schulen, der Seniorenbeirat in den Arztpraxen und Seniorenheimen verteilt. Schon am 01.03. hatten sich trotz der aufziehenden Corona-Pandemie bereits 12 Jobanbieter und 13 Jobber registriert. Heute sind es schon 30 Jobanbieter und 23 Jobber. Es ist zu 74 Vermittlungen gekommen, die zu aller Zufriedenheit erledigt wurden. Es sei zu betonen, dass alle Akteure die Hygiene- und Abstandsmaßnahmen bei ihren Begegnungen einhalten, auch die Bezahlung der Jobber funktioniere kontaktlos. Fr. Kielbassa sei es wichtig, jeden Jobber und Jobanbieter persönlich kennenzulernen, um einschätzen zu können, ob die Chemie zwischen Jobanbieter und Jobber passen könne. Nach dem Erstkontakt laufe die Kommunikation meist über Telefon und Email. So habe sie seit dem 01.02. ca. 400 Emails mit den Beteiligten ausgetauscht. Es gebe eine offizielle Sprechstunde in der AWO-Begegnungsstätte (Donnerstag, 15-17 Uhr), sie sei aber auch zu anderen Zeiten erreichbar. Obwohl die geplanten Werbeaktionen auf dem Brunnenfest und dem Haaner Sommer pandemiebedingt ausgefallen sind, war diese Anzahl an Vermittlungen auch deshalb möglich, weil die Mundpropaganda besonders unter den Jobanbie-

tern hervorragend funktioniere. Mithilfe einer selbst erstellten digitalen Karte gelinge es ihr meist gut, Jobanbieter und Jobber wohnortnah zusammenzubringen. Abschließend betont sie die vertrauensvolle Zusammenarbeit der drei Träger und äußert die Hoffnung, das Projekt auch in den nächsten Jahren fortführen zu können.

Stv. Kunkel-Grätz bedankt sich für den tollen Sachstandsbericht und fragt für die SPD-Fraktion, ob immer die gleichen Jobber an einen Jobanbieter vermittelt würden.

Fr. Kielbassa erklärt, es herrsche Zufriedenheit über die Arbeit der Jobber und es würden auch immer wieder die gleichen Jobber angefordert. Dennoch dürften keine Dauerarbeiten vermittelt werden, da die Jobber ansonsten sozialversicherungspflichtig würden.

Stv. Lukat stellt sich die Frage, ob der Antrag auf eine dauerhafte Förderung abziele oder erstmal nur für ein Jahr gelten solle.

Hr. Sattler legt dar, der Erfolg habe die Erwartungen aller Beteiligten übertroffen, zumal ab dem 16.03. die Jobber auf die Corona-Einkaufshilfe umgeschwitcht worden seien. Der Antrag ziele auf eine dauerhafte Förderung ab, ein jährliches Berichtswesen sei selbstverständlich. Die Werbung werde im kommenden Jahr intensiviert und ausgeweitet. Die Taschengeldbörse sei eine Hilfe für Jung und Alt.

Stv. Sack anerkennt die Leistung aller Beteiligten und sichert dem Projekt seitens der GAL-Fraktion Unterstützung zu.

Stv. Mentrop treibt seitens der CDU-Fraktion die Frage um, wie die Jugendlichen zu ihrem Einsatzort gelangten und ob Fahrgelder gezahlt würden.

Fr. Kielbassa verweist auf ihre o.e. Karte, mit der es ihr meistens gelinge, nachbarschaftsnahe Zusammenkommen zu vermitteln. Gruitener Jobber mit Job in Haan nutzten entweder ihre Fahrräder oder erledigten die Jobs im Anschluss an ihren Schulbesuch in einer Haaner Schule. Fahrgelder würden nicht zusätzlich gezahlt werden.

Bgo. Herz erklärt, die Verwaltung habe von sich aus den Antrag zur Weiterfinanzierung des Projekts zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gestellt, weil man sich an den damaligen Ratsbeschluss gebunden sah, vor einer weiteren Förderung zum Ende des Jahres 2020 Zahlen über den Erfolg des Projektes vorgelegt zu bekommen. Umso mehr freue sie sich über den offensichtlichen Erfolg des Projektes.

Beschluss:

Der Bericht zum aktuellen Sachstand der Taschengeldbörse wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

1.1. Bereitstellung finanzieller Mittel zur Fortführung der Taschengeldbörse

Beschluss:

„Der SIA empfiehlt HFA und Rat zu beschließen:

1. Die Taschengeldbörse TAB wird in dem bisherigen Förderumfang von 5.400 € pro Jahr ab 2021 weitergeführt. Die entsprechenden finanziellen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.
2. Es bleibt bei der bisherigen Berichterstattung am Ende eines jeden Jahres.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an alle Ratsfraktionen, die den Wahlauftrag zur Wahl des Seniorenbeirates verteilt hätten. Außerdem konnten auch, trotz Corona, die Auslagen bei Ärzten, Apothekern, sonstigen Einrichtungen und Banken in gewohntem Umfang (fast 5000 Exemplare) realisiert werden. Allerdings seien in diesen Zeiten viele ältere Bürger nicht gerne außerhalb der eigenen Wohnung unterwegs, was auch bei den ausgelegten Flyern ersichtlich geworden sei. Deshalb habe ja auch der Seniorenbeirat für die älteren Mitbürger Briefwahl empfohlen, auch über die Presse. Sehr unglücklich sei der Briefwahlantrag gewesen, da das Kästchen zum Ankreuzen der Seniorenbeiratswahl neben den sonstigen Kästchen des Dokumentes positioniert und somit von dem ein oder anderen schlicht übersehen worden sei. Dies werde bei künftigen Wahlen aber geändert. Das Wahlamt habe lobenswerterweise trotzdem allen wahlberechtigten Senioren, einen entsprechenden Stimmzettel den Briefwahlunterlagen beigelegt. Dennoch sei die Wahlbeteiligung mit ca. 55 % gut und er glaube, dass „eine gute Truppe“ gewählt worden sei. Da die konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates für den 09.11. vorgesehen sei, hoffe er darauf, dass der Rat schon in seiner konstituierenden Sitzung am 03.11. die beratenden Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde und die beiden Vertreter des Rates wähle bzw. bestätige.

Nachdem sich die Beschwerden über eine fehlende öffentliche Toilette in der Innenstadt gehäuft hatten, konnte jüngst durch Intervention der Bürgermeisterin erreicht werden, dass auch die öffentliche Toilette in der Tiefgarage Diekerstr. nach erfolgter Grundreinigung wieder geöffnet werde. Hierzu gehört der Antrag des Seniorenbeirates zur Installation einer öffentlichen Toilette am Neuen Markt, die der WLSTA einstimmig beschlossen habe.

Generell werde die Stimmung der älteren Bevölkerung in der Pandemie immer

schlechter. Ein einsames Sterben in Altenheimen oder Hospizen und Krankenhäusern sowie die Tatsache, dass die Hälfte der Senioren über keine digitale Kompetenz oder entsprechende Anschlüsse verfügen, um den Kontakt zu den verbliebenen Angehörigen aufnehmen zu können, trügen hierzu bei. Auch werde berichtet, dass die ambulanten Pflegedienste zunehmend keine Zeit mehr für kleinere Handreichungen oder Besorgungen der Patienten aufbringen könnten. Die Einkaufshilfe schaffe hier ein wenig Abhilfe und sei noch immer aktiv, wenngleich nicht mehr so häufig genutzt wie im Frühjahr. Die Außenstände der kontaktlosen Bezahlung beliefen sich bislang auf etwas mehr als 50 €.

Sein Dank gilt den Jugendverbänden der Haaner Parteien für ihr Engagement und die Unterstützung. Einen weiteren Dank spricht er an die Vertreter aller Fraktionen aus, die den Seniorenbeirat und die Behindertenbeauftragten bei der Planung am Alten Markt unterstützt hätten.

Abschließend dankt er dem SIA, den Behindertenbeauftragten, dem Jugendparlament und der Verwaltung für 6 Jahre konstruktive Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** gibt diesen Dank an die Mitglieder des Seniorenbeirates gern zurück..

Auch Vertreter der anderen Fraktionen schließen sich mit ihrem Dank an.

Beschluss:

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard berichtet über die ausgefallenen Sprechstunden, die mit telefonischen Beratungen und in Einzelfällen mit Hausbesuchen aufgefangen werden mussten. Aufgrund der Pandemie seien geplante öffentliche Aktionen wie beim Haaner Sommer entfallen, auch die im letzten Jahr erstmals erfolgreich durchgeführte Hilfsmittelausstellung sei bereits abgesagt worden. Krankheitsbedingt habe sie zudem nicht an den Veranstaltungen zur seniorengerechten Quartiersentwicklung in Haan-Mitte teilnehmen können. Positiv zu vermelden sei die neue Rampe am Haaner Stadtbad, die mobilitätseingeschränkten Menschen den Zugang zum Stadtbad erleichtere. Sie bedankt sich auch im Namen ihrer beiden Mitstreiter für die konstruktive Zusammenarbeit bei Seniorenbeirat und Verwaltung und gibt bekannt, dass sich alle drei bisherigen Behindertenbeauftragten für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende **Stv Stracke** bedankt sich seinerseits bei den Behindertenbeauftrag-

ten für deren konstruktive Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat, der Verwaltung und dem SIA. Die ehrenamtliche Arbeit habe Haan nach vorne gebracht.

Stv. Lukat lobt die kontinuierlich durchgeführten Begehungen einzelner Stadtareale, die eine Abarbeitung infrastruktureller Schwächen ermöglichten.

Stv. Kunkel-Grätz betont, die Arbeit der Behindertenbeauftragten habe Haan besser gemacht.

Beschluss:

Der Bericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" - hier: Bürgerantrag der JUSOS Haan & Gruiten vom 16.03.2020 Vorlage: 10/238/2020/1

Protokoll:

VA Schneider eröffnet mit dem Hinweis, dass das MKFFI NRW mitgeteilt habe, dass in Haan unter Bezugnahme auf die in der Ratssitzung vom 09.03.2020 erklärte Bereitschaft, einen angemessenen Teil unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) in Haan willkommen zu heißen und aufzunehmen, eine Familie zugewiesen bekomme. Welche Familie, mit wie vielen Kindern, wann zugewiesen werde, entscheide die Bezirksregierung Arnsberg.

Hr. Blossy erläutert den Antrag aus Sicht der Antragsteller. Er appelliert an den Ausschuss, dem Bündnis beizutreten und Menschenleben nicht mit Geld aufzuwiegen.

Stv. Sack erklärt für die GAL-Fraktion, die Forderungen der Jusos zu unterstützen. Dies stelle ein wichtiges Signal gegen die immer wieder zu hörende Botschaft des vollen Bootes dar.

Stv. Lukat vertritt für die WLH-Fraktion die Auffassung, es müsse vor allem über Zahlen gesprochen werden, damit alle Konsequenzen einer Zustimmung zum Antrag klar seien. Insbesondere frage sie sich, wie es mit den vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten aussehe.

VA Schneider legt dar, die Verwaltung habe den Beschlussvorschlag absichtlich offen gelassen. Die Anzahl der aufzunehmenden Menschen sei eine politische Entscheidung. Die Stadt Haan habe derzeit ihre Aufnahmequote nach dem FlüAG erfüllt,

die Kapazitäten zur Unterbringung seien allerdings noch nicht erschöpft. Die möglichen Kosten für die Aufnahme weiterer Menschen mit Fluchthintergrund seien der Vorlage zu entnehmen.

Stv. Mentrop betont, der Antrag ignoriere, dass die Flüchtlinge nicht nur über das Mittelmeer Zuflucht in Deutschland suchten. Deutschland habe sich in der Vergangenheit immer vorbildlich verhalten und viele Flüchtlinge aufgenommen. Der Haaner Rat habe immer alle Resolutionen unterstützt, doch hier erkenne er einen viel zu komplizierten Vorgang, als dass man so einfach einen sicheren Hafen Haan schaffen könne.

Bgo. Herz schlägt vor, die Verwaltung könne zur Sitzung des kommenden HFA im Falle einer grundsätzlich positiven Entscheidung zum Antrag die Vorlage ergänzen um Informationen zur aktuell grundsätzlichen Aufnahmekapazität in den Unterkünften – auch hinsichtlich der personellen Ressourcen zur Betreuung der Menschen..

Stv. Lukat meint, dieser Bürgerantrag sei vom Fachausschuss zu beantworten. Sie macht deutlich, dass eine Kommune keine Forderungen von europäischer Tragweite umsetzen könne.

Stv. Sack unterstützt den Vorschlag der Bgo. Herz, da er einen Verschiebe-Bahnhof befürchte. Über das grundsätzliche Bekenntnis solle heute befunden werden, die Auseinandersetzung mit den Einzelforderungen des Antrages werde man sich später auseinandersetzen.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** stellt fest, der Haushaltsplanentwurf 2021 werde noch vom SIA beraten, so dass eine grundsätzliche Aussage zum Ansinnen des Antrages möglich sei und die weiteren Zahlen der Verwaltung abgewartet werden sollten.

Stv. Mentrop bekennt, die CDU-Fraktion könne dem so nicht zustimmen. Die Verwaltung solle zuerst Zahlen vorlegen, damit jeder wisse, was mit welchem finanziellen Aufwand auf die Stadt zukomme. Einen Blanko-Scheck wolle er nicht unterzeichnen.

Stv. Dürr beantragt zur Geschäftsordnung eine Sitzungsunterbrechung zur interfraktionellen Beratung.

Nach der Sitzungsunterbrechung formuliert **Stv. Dürr** den folgenden Beschlussvorschlag:

„Der SIA empfiehlt, dass die Stadt Haan zu einem „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklärt wird und alles Erforderliche hierfür in die Wege geleitet werde, damit Schutzsuchende auf sicherem Wege bei uns ankommen können.“

Stv. Lukat moniert, der Juso-Antrag sei 1:1 übernommen worden und die Konsequenzen blieben unklar.

Stv. Sack möchte den ersten Schritt tun und diesen mit der späteren Beratung über die Unterpunkte und die Vorlage der Verwaltung vervollständigen.

AM Braun-Kohl fragt, ob mit einem Beschluss dieses Antrages die Flüchtlinge nicht mehr über die Bezirksregierung nach Haan überführt würden.

VA Schneider verdeutlicht, dass die Bereitschaftserklärung des Rates vom 09.03.2020 von einem Beschluss über den vorliegenden Bürgerantrag nicht berührt werde.

Vom Vorsitzenden befragt, ob die Jusos einem umformulierten Beschlussvorschlag zustimmen könnten, erklärt **Hr. Blossey**, die vorangegangene Diskussion als Wortklaubereien und Austausch von Eitelkeiten erlebt zu haben. Die Jusos wollten sich dem nicht anschließen und seien zu einer maßvollen Umformulierung bereit, um in der Sache voranzukommen.

Beschluss:

„Der SIA empfiehlt dem HFA den Bürgerantrag der Jusos vom 16.03.2020 als Grundlage zu nehmen, damit im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Verwaltung vorschlägt, in welchem Umfang die Stadt Haan über die Quote hinaus Flüchtlinge aufnehmen kann.“

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 6 Nein-Stimmen

5./ Bericht Sozial- und Integrationsmanagement (SIM)

Protokoll:

Hr. Sivri stellt sich kurz als neuer Leiter des Regionalbereiches von European Home Care (EHC) vor und trägt Zahlen aus dem aktuellen Monatsbericht vor. Diese unterscheiden sich von den Werten laut Vorlage, weil sie den aktuellen Stand darstellen.

Stv. Lukat möchte für die WLH-Fraktion wissen, wie man damit umgegangen sei, dass die Kinder keinen Präsenzunterricht in den Sommerferien hatten und ob auch Obdachlose in Flüchtlingsunterkünften untergebracht worden seien.

Hr. Sivri spricht von einem fortlaufenden Prozess. Die coronabedingten Hygienemaßnahmen seien eine Umstellung für alle Beteiligten gewesen. Für schulische Fragen seien in erster Linie die Eltern und die Schulen zuständig, bei Fragen werde geholfen.

AM Leibelt äußert, die Aussagen seien nicht zufriedenstellend.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erläutert, es fehlten konkrete Beispiele zur Tätigkeit, zur Aufgabenstruktur. Auftragsgrundlage sei eine proaktive Aufgabenwahrnehmung und nicht ein bloßes Warten auf die Klienten.

Hr. Sivri bekräftigt, die Menschen kämen auf EHC zu, nicht umgekehrt. Es handle sich um eigenständige Menschen, in deren Leben man sich nicht einmischen wolle. Man helfe den Menschen derzeit aktiv bei der Wohnungssuche.

Stv. Lukat moniert, dies sei der mittlerweile 3. Tätigkeitsbericht von EHC und alles, was man bisher erhalten habe, seien inhaltsleere Überschriften.

Hr. Sivri entgegnet, es handle sich um einen Monats- und keinen Fallbericht. Dieser würde aber den zeitlichen Rahmen sprengen.

Der Vorsitzende **Stv. Stracke** erwartet für den nächsten Bericht die Auswahl eines größeren Zeitraumes als den eines Monats. Dabei solle sich der Auftragnehmer an den Inhalten des Auftrags entlang hangeln. Er bitte um getrennte Berichterstattung zu Flüchtlingen und Obdachlosen. Seit Januar schon sei der Ausschuss mit dem Berichtswesen unzufrieden. Er bittet zudem um eine schriftliche Ausarbeitung als ppt-Vortrag, um die Inhalte bereits während der Sitzung visualisieren zu können.

Bgo. Herz informiert darüber, dass die Verwaltung in regelmäßigen Abständen mit den Akteuren von EHC stehe und im August konkrete Eckdaten für ein aussagekräftiges Berichtstableau in den Abstimmungsprozess gegeben habe. Hierzu sei bisher noch keine Rückmeldung von EHC gekommen.

Hr. Hüser gesteht ein, EHC müsse hier besser werden und man wisse jetzt, was der Ausschuss erwarte. Man werde zukünftig ein besseres Bild abgeben. Dazu werde man jede Fraktion persönlich kontaktieren und einen kombinierten Jahresbericht nachreichen. Ferner bittet er um Verständnis für den laufenden Umstrukturierungsprozess bei EHC, die ab nächstem Jahr gemeinnützig sein würden.

Beschluss:

Der Bericht zum Sozial- und Integrationsmanagement wird entgegengenommen und eine strukturelle Verbesserung dringend angemahnt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung **Vorlage: 50/022/2019/5**

Protokoll:

Hr. Sattler verweist auf die umfangreiche Vorlage.

Stv. Morwind bedankt sich seitens der CDU-Fraktion für die sorgsame Aufbereitung

der Geschehnisse.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Aktueller Sachstand zum Umzug der Bewohner Unterkunft Deller Str.

Protokoll:

StA Rinke führt aus, dass die Unterkunft Deller Str. im Monat August leergezogen worden sei und die bisherigen Bewohner auf die Unterkünfte Ellscheid 9 und Seidenwebergasse umverteilt worden seien. Die Bauarbeiten am Objekt Deller Str. liefen derweil.

Stv. Lukat fragt bzgl. der haushalterischen Abrechnung nach.

StA Rinke erklärt, dass derzeit keine Unterkunftsgebühren für das Objekt Seidenwebergasse erhoben würden und verwaltungsintern noch zu klären sei, wie man hiermit umgehen wolle.

Bgo. Herz ergänzt, derzeit liefe die komplette Überarbeitung der Gebührensatzung, was sich als sehr komplexe Aufgabe darstelle. Man plane eine externe Vergabe, um Rechtssicherheit zu erlangen.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

8./ Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung in Haan mit städtischem Personal
- hier: Anfrage der GAL-Fraktion vom 20.02.2020
Vorlage: 50/035/2020

Protokoll:

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen und nicht beraten.

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.